

Gremium	Termin	Status
Hauptausschuss	28.11.2022	öffentlich

Antrag FDP-Stadtratsfraktion

Antrag FDP-Stadtratsfraktion - Demographischer Wandel in der Verwaltung

Vorlage Nr.: 20225933

Antrag zur kommenden Sitzung des Hauptausschusses

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

personell befindet sich die Verwaltung in einem demografischen Wandel. In Kürze werden sich geburtenstarken Jahrgänge, die so genannten Baby-Boomer aus der Arbeitswelt verabschieden, um in den wohl verdienten Ruhestand überzutreten.

Es ist zu befürchten, dass diese personelle Lücke nicht geschlossen werden kann. Immer weniger junge Menschen stehen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Für viele junge Menschen ist der Eintritt in den öffentlichen Dienst nicht lukrativ genug, da die Privatwirtschaft weit bessere Arbeitsbedingungen vorhält.

Kommt hinzu:

Der von der Verwaltung betriebene Personalaufwand wird massiv von der ADD kritisiert. Wörtlich heißt in der letzten Haushaltsverfügung vom 17.06.2022, S. 20 f.:

„In 2022 werden im Kernhaushalt insgesamt 3.353,81 Stellen ausgewiesen. Im Vergleich zum Stellenplan 2021 wurden damit 203,05 Vollzeitäquivalente neu geschaffen. Auf 10.000 Einwohner gerechnet kommen damit im laufenden Haushaltsjahr 192 Stellen – zum Vergleich: in 2013/2014 rund 156 Stellen. Der Personalaufwand je Einwohner beträgt in diesem Jahr rund € 1.180,48. Im Vergleich mit den anderen meiner

Aufsicht unterliegenden kreisfreien Städten liegen die Werte beider Kennzahlen weiterhin außerordentlich hoch..... Ich bin jedoch der Auffassung, dass die relative Höhe der Personalaufwendungen (im Verhältnis zu den Einwohnern oder dem Gesamthaushaltsvolumen) bei defizitären Kommunen einen ersten Anhaltspunkt für einen etwaigen bestehenden Konsolidierungsbedarf in diesem Bereich darstellt. Meine Feststellung bitte ich daher als Indiz und zugleich Aufforderung an die Stadtverwaltung und den Stadtrat zu betrachten, dieser durch weitergehende eigene Überprüfungen nachzugehen und den Personalbereich systematisch in die Haushaltskonsolidierung einzubeziehen. Ferner gilt es weiterhin, die Erforderlichkeit jeder einzelnen zusätzlich geschaffenen Stelle vor deren Besetzung kritisch zu hinterfragen.“

Die Liberalen im Stadtrat sehen deshalb akuten Handlungsbedarf. Von daher

beantragen

die Liberalen im Hauptausschuss, dass die Verwaltung die

die konzeptionelle Ausrichtung der Verwaltung im Hinblick auf den personellen Aufwand für die kommenden Jahre konkret darlegt.

Hierbei möge die Verwaltung angeben, wie zukünftig Personal gewonnen werden kann, um die Pflichtaufgaben zu erfüllen. Weiter möge die Verwaltung angeben, wieviel Personal für die jeweiligen Pflichtaufgaben benötigt werden. Desweiteren möge die Verwaltung angeben, inwieweit Personal reduziert werden kann aufgrund der voranschreitenden Digitalisierung. Ziel muss es sein, mit den vorhandenen geringeren personellen Ressourcen die Kernaufgaben zu bewältigen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Thomas Schell

Vorsitzender der FDP-Stadtratsfraktion